

Werbung:

schröckel



farbenfreude

 Malerarbeiten
 Renovationen
 Farbgestaltungen
 Isolationen

 Mühlebrückestr. 24
 8400 Winterthur
 Telefon 052 233 93 93
 www.schroeckel.ch

Stopp der Behördenpropaganda.



Der Nationalrat ist am Montag dem Ständerat gefolgt und hat die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» gegen den Willen der SVP klar zur Ablehnung empfohlen. Es ist zu erwarten, dass eine massive Behördenpropaganda auch bei der Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte» einsetzen wird. Dieses Volksbegehren kommt etwa in anderthalb Jahren zur Abstimmung. Der Bund wird mit Reklamebüros, mit der bundeseigenen Kriegsindustrie, der Ruag, den Banken die Waffengeschäfte finanzieren, mit Hilfe der Medien sowie «christlichen» und bürgerlichen Parteien versuchen, diese Initiative zu bodigen. Auch die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» wird vermutlich von der Zentrale im Bundeshaus zusammen mit der Waffenlobby bekämpft oder verwässert, ungeachtet dessen, dass heute Fachleute sagen, mit einem restriktiveren Waffenrecht könnten in unserem Land nicht wenige Tötungsdelikte und Suizide verhindert werden. Die Behördenpropaganda erleben wir, die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein

Waffenausfuhrverbot, ARW, 1997 bei der Abstimmung «Für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte». Bundesrat Adolf Ogi trat wiederholt am Fernsehen auf, auch in der Arena mit Filippo Leutenegger. Ogi versprach damals den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen am Freitag in der TV-Arena vor der Abstimmung hoch und heilig, die Schweiz werde in Zukunft eine sehr restriktive Waffenausfuhrpolitik betreiben. Dies hatte auch schon Bundesrat Rudolf Gnägi anno 1972, als es auch um ein Verbot der Waffenausfuhr ging, verlauten lassen. Gegen diese Übermacht der staatlichen Propagandawalze, im Verein mit den Knechten der Kriegsmaterialfabrikanten und den Militärs, der christlichen CVP, den Freisinnigen und der SVP hatten wir 1972 und auch 1997, zusammen mit den Sozialdemokraten und einigen bürgerlichen Politikern, keine Chance, unsere Initiativen für einen Stopp der widerlichen Geschäfte mit dem Krieg durchzubringen. Nachdem der Bundesrat sich vor der Abstimmung der Initiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte», vor dem 8. Juni 1997, noch humanitär gab,

vergass er seine Versprechungen und bewilligte nachher weiter Rüstungslieferungen in das Pulverfass des Nahen Ostens, an Nato-Staaten, die USA und Grossbritannien, die auf dem Balkan und im Nahen Osten Krieg führten. Auch heute gehen die Rüstungslieferungen an die USA, Grossbritannien und an die Nato-Staaten weiter. Staaten, die im Irak und in Afghanistan Krieg führen. Das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung werden durch diese Deals krass verletzt. Weiter gehen heute auch Schweizer Waffenexporte in Staaten, in denen Menschen hungern, nach Indien und Afrika; an Regimes, die foltern lassen, in Saudiarabien, Ägypten, der Türkei und den Vereinigten Staaten. Sogar das Aussendepartement von SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey engagierte sich für die Lieferung von Pilatus-Flugzeugen an die türkische Armee, die in Kurdistan und im Irak Krieg führt. Aus diesen Gründen bin ich für die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», also für einen Stopp der Behördenpropaganda in Sachen Volksinitiativen.
Heinrich Frei, Zürich.

Das erste Nein seit 20 Jahren.

Die FDP hat während der vergangenen 20 Jahre und davor das Budget des Winterthurer Stadtrates immer mitgetragen. Der stadträtliche Antrag für 2008 ist ausgewogen und durch uns nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. Das gilt auch für die Sozialausgaben, die sich heute auf hohem

Niveau bewegen. Doch die Mitte-Links-Parteien haben 1,6 Millionen Franken Mehrauslagen beschlossen und damit die Bestrebungen der FDP, dem stadträtlichen Antrag zum Durchbruch zu verhelfen, hintertrieben. Das hat uns veranlasst, den Voranschlag fürs kommende Jahr abzulehnen. Es sei hier klargestellt,

dass die FDP-Fraktion dem Teuerungsausgleich für die städtischen Angestellten, den höheren Geldauslagen für die Spitex sowie den durch den Stadtrat vorgeschlagenen finanziellen Erhöhungen im Altersbereich zugestimmt hat.
Ruth Werren, FDP-Gemeinderätin, Winterthur.

SVP-Nichtwähler sind auch Volk.



Das Volk verstehe nicht, dass Herr Blocher nicht mehr in den Bundesrat gewählt worden sei, beklagten seine Anhängerinnen und Anhänger. Welches Volk? 115 der 246 National- und Ständerätinnen und -räte (also 47 Prozent) haben Blocher in den Bundesrat gewählt. Bei den Nationalratswahlen haben 29 Prozent der Wählenden die SVP gewählt, also 71 Prozent andere Par-

teien. Ich wage zu behaupten, dass ein grosser Teil dieser Leute Herrn Blocher explizit nicht im Bundesrat wollen. Dass die SVP nur jenen Teil des Volkes als Volk betrachtet, der ihre Meinung unterstützt, ist typisch. Im Gegensatz dazu ist ein rechter Teil des Volkes – vielleicht sogar eine Mehrheit – wohl erfreut über diesen Wahlausgang. **Martin Stauber**, Grüne-Gemeinderat, Winterthur.

Nie mehr Immunität für Bundesrat Christoph Blocher! Er könnte sonst straffrei Ehrverletzungen begehen. Denn er soll ja ein notorischer Verhöhnler, Runtermacher, Beleidiger und Verletzender sein. Möglicherweise ein Unheilbarer. So die Anzeichen. Also ja kein Freipass! Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. **Werner Wili**, Zürich.

Die Anti-Blocher-Versammlung.



Intermezzo.

Auf einmal hat er seine Arbeit im Bundesrat gut gemacht? Da haben wir doch jetzt vier Jahre anderes gehört. Jetzt geht es um den Stil, um die SVP-interne Kommissionsverteilung, um die Art und Weise und weitere fadenscheinige Begründungen. Jede Argumentation war den Grünen, Grünliberalen, der EVP, SP und CVP recht, um Christoph Blocher aus dem Bundesrat zu drängen. Auch einige FDPler machten mit, wollten aber nicht dazu stehen. Die vereinigte Anti-Blocher-Versammlung mochte nicht argumentieren – im Geheimen wurde am Vortag vorbereitet, was dann bei den Bundesratswahlen geschah.

■ ■ ■ Gehüpft und geschrien haben sie wie kleine Kinder – aber nicht wegen der Wahl von Eveline Widmer-

Schlumpf, sondern weil Christoph Blocher abgewählt wurde. Die Konkordanz sei ja gewährleistet, blablabla. Wir alle wissen, dass dem nicht so ist. Konkordanz und Demokratie sind wegen dieser Parlamentarier und Parteien zu Worthülsen verkommen. Die Partei, welche die Wahlen klar gewonnen hat, wurde aus der Regierung gemobbt. Wenigstens das Volk hat das abgekartete Spiel durchschaut.

■ ■ ■ Bereits im Wahlkampf hat die SVP vor dem «Geheimplan» der linken Parteien gewarnt. Die Medien und die anderen Parteien taten dies unisono als Wahlkampf-Geplänkel ab. Ja, und was war das dann jetzt? 5000 Neumitglieder (bis Redaktionsschluss) durfte die SVP in den letzten Tagen verzeichnen. Ich habe das Wochenende damit verbracht, E-Mails und Briefe von besorgten Bürgern unseres Landes zu beantworten. Darunter waren drei FDPler und ein CVPler, die mir via E-Mail den Austritt aus ihrer Partei und die sofortige Unterstützung der SVP mitteilten. Die von einem Kommunisten vorgeschlagene neue Bundesrätin unterstützt weder die Einbürgerungs-, die Prämiensenkungs- noch die Ausschaffungsinitiative der SVP. Initiativen, für welche unzählige

SVP-Mitglieder persönlich während Stunden und Tagen Unterschriften gesammelt haben. Ob man diese Anliegen unterstützt oder nicht – Faktum ist: Ein Drittel der Bevölkerung hat die SVP wegen dieser Themen zur mit Abstand wählstärksten Partei gemacht. Und deshalb hat sie auch Anrecht darauf, angemessen – mit ihren Vertretern – im Bundesrat vertreten zu sein, damit diese Anliegen entsprechend eingebracht werden.

■ ■ ■ Die SVP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, in die Opposition zu gehen. Die politische Aufgabe bleibt: In der Opposition vertritt die SVP nichts anderes, als sie in der Regierung vertreten hat. Die Anliegen bleiben dieselben: der Einsatz für eine starke, unabhängige Schweiz, der Kampf gegen Kriminalität und Asylmissbrauch und das Engagement für Freiheit und tiefere Steuern. Diese politischen Ziele verfolgt die SVP künftig in der Opposition – als Stimme aller bürgerlich denkenden Bürger in der Schweiz. Die Chancen, dass die SVP bei den Wahlen 2011 noch einmal zulegt, sind gross. Spätestens dann wird sich die CVP überlegen, welchen Fehler sie am 12. Dezember 2007 gemacht hat. **Natalie Rickli**.

Bio Elektro Magnetische Energie Regulation.



Gesundheit schützen – Heilung unterstützen!

Testen Sie unverbindlich zu Hause!

Repr.: Brigitte Haldimann, 9512 Rossrüti.
Telefon 071 911 43 09, Mobil 079 719 719 78 11
E-Mail: brigitte.haldimann@tbwil.ch
www.haldimann.biz